

Stand und Aussichten der Sozialisierung in Deutschland

Autor(en): **Müller, Karl H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335995>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KARL H. MÜLLER

Stand und Aussichten der Sozialisierung in Deutschland

Berlin, Ende Juni 1948.

Der Begriff «Sozialisierung der Wirtschaft» läßt verschiedenartige, zum Teil sogar einander widersprechende Definitionen zu und teilt damit das Schicksal der meisten sozialökonomischen Kategorien. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist Sozialisierung meist gleichbedeutend mit Verstaatlichung. Aber bereits Engels hat (im *Anti-Dühring*) ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß nicht jeder Staatsbetrieb als solcher ein sozialistischer sei; andererseits gibt es nichtstaatliche sozialistische Betriebsformen, wie zum Beispiel die Genossenschaften. Ein Staatsbetrieb kann wohl nur dann als sozialistisch im eigentlichen Sinne des Wortes angesprochen werden, wenn die allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik des betreffenden Staates sozialistischen Charakter trägt. In letzter Konsequenz würde dies bedeuten, daß jede wirklich wirksame Sozialisierung von Einzelbetrieben untrennbar verbunden sein muß mit einer sozialistischen Planung der Gesamtwirtschaft. Auf diese grundsätzlichen theoretischen Fragen kann hier nicht näher eingegangen werden. Sie mußten jedoch Erwähnung finden, weil sie sich bei der Untersuchung der gegenwärtigen deutschen Situation immer wieder aufdrängen.

Im heutigen Deutschland wird das Problem der Sozialisierung noch durch eine ganze Reihe von außergewöhnlichen, zeitbedingten Schwierigkeiten verschärft, die, da sie in der unmittelbaren Praxis naturgemäß im Vordergrund stehen, die Formulierung eines klaren und umfassenden Sozialisierungsplanes zusätzlich erschweren. Die Hauptschwierigkeit bildet die Aufteilung Deutsch-

lands in Zonen, deren Entwicklung in mehr oder weniger starkem Maße von den wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen der jeweiligen Besatzungsmacht abhängig ist; im Westen kommt überdies die Aufspaltung in Länder mit eigener Verfassung und Gesetzgebung sowie unterschiedlichem politischem Kräfteverhältnis hinzu. Diese weitgehende Zersplitterung entzieht den Sozialisierungsbestrebungen von vornherein die grundlegende Voraussetzung, nämlich einen genügend großen und möglichst ausgeglichenen Wirtschaftsraum, und macht ein einheitliches Vorgehen und eine umfassende Regelung nahezu unmöglich. Eine weitere außergewöhnliche Schwierigkeit bildet der katastrophale Zustand, in dem sich der größte Teil der deutschen Industrie infolge von Kriegszerstörungen, Demontagen, Facharbeitermangel usw. befindet. Es ist daher wiederholt die Frage gestellt worden, ob es ratsam sei, Werke zu sozialisieren, die auf lange Zeit hinaus subventionsbedürftig sind oder überhaupt nur mit Hilfe ausländischer Kredite wieder leistungsfähig werden können. Und kann eine verantwortungsbewußte sozialistische Führung der Arbeiterschaft gegenüber Verpflichtungen eingehen, die mit so vielen Imponderabilien belastet sind, oder wäre es nicht vorzuziehen, sich die volle gewerkschaftliche Handlungsfreiheit zu erhalten? Besonders dieses letzte Moment ist von grundsätzlicher, nicht nur parteitaktischer Bedeutung; es wurde aber in den bisherigen Erörterungen kaum berührt. Dagegen tritt in den internen Sozialisierungsdiskussionen immer stärker ein ideologisches Moment hervor, das nicht gerade geeignet ist, das Zustandekommen einer klaren Beschlußfassung zu erleichtern: die Frage, wie sich zentrale Planung und demokratische Freiheiten vereinbaren lassen. Hierzu muß allerdings bemerkt werden, daß Überlegungen solcher Art im Interesse einer echten Demokratisierung Deutschlands wieder sehr zu begrüßen sind.

Über diese vielgestaltige Problematik ist man in der *Ostzone* einfach hinweggegangen. Hier ist innerhalb dreier Jahre von der KPD (SED) auf dem Verordnungswege (und mit Unterstützung durch die russische Besatzungsmacht) die *nahezu totale Sozialisierung* durchgeführt worden, die allerdings einen schwerwiegenden Schönheitsfehler aufweist: die sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG). Von den in den Jahren 1945/46 rund 200 sowjetisierten Betrieben sind inzwischen mehr als 70 den Länderregierungen zurückgegeben worden – allerdings erst nach restloser Demontage der Maschinen. Die etwa 130 in russischem Staatsbesitz befindlichen SAG stellen ungefähr *einen Drittel* der gesamten industriellen Produktionskapazität der Ostzone dar und beschäftigen über 300 000 Arbeiter und Angestellte. Ihr Wert wird auf 4 bis 8 Milliarden Mark geschätzt; ihre tatsächliche volkswirtschaftliche Bedeutung läßt sich aber erst daran ermessen, daß es sich dabei ausschließlich um Groß-

betriebe der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie handelt. Zu den bedeutendsten Werken gehören die IG-Farbenwerke Leuna, Wolfen und Bitterfeld, das Buna-Werk in Schkopau, die Deutschen Solvay-Werke in Bernburg, die Braunkohlen-Benzin AG, die BMW in Eisenach, die Kugellagerfabrik in Leipzig, Rheinmetall-Borsig in Sömmerda usw. Die SAG sind nach dem Muster der russischen «Trusts» straff gegliedert. Oberste Holding-Gesellschaft des Gesamtkonzerns ist die *Sowjetische Industrie AG in Berlin*, die alle grundsätzlichen Direktiven an die fünfzehn Branchentrusts erteilt. Die SAG besitzen nicht nur ein absolutes Prioritätsrecht gegenüber der übrigen Ostzonenwirtschaft, sondern sind faktisch eine *Dépendance* der russischen Wirtschaft, und ein großer, wahrscheinlich der größere Teil ihrer Produktion geht als Reparationsleistung nach Rußland. Bei dieser Sachlage ist es klar, daß die von den deutschen Zentralverwaltungen angestrebte totale Planwirtschaft auf einer sehr unsicheren Grundlage aufbaut. Die von SED-Seite häufig vorgebrachte Versicherung, daß mit einer allmählichen Rückgabe der SAG an die Länder bestimmt zu rechnen sei, kann wohl nur als Wunschtraum oder aber als Zweckpropaganda angesehen werden. Es liegt zu offen auf der Hand, daß die SAG ein auf lange Sicht berechnetes *Faustpfand* darstellen, mit dem die Sowjetunion nach einer etwaigen Räumung Deutschlands maßgeblichen wirtschaftlichen Einfluß behalten will.

Von den zwei Dritteln der industriellen Produktionskapazität der Ostzone, die sich in deutschem Besitz befinden, ist mehr als die Hälfte sozialisiert worden, so daß sich also der private Sektor der gewerblichen Wirtschaft nur noch auf rund 30 Prozent beläuft. Dabei handelt es sich jedoch um Kleinst- und Handwerkerbetriebe, die im übrigen zu Betriebsgemeinschaften mit vorgeschriebenem Produktionsprogramm zusammengefaßt werden sollen. Die durchweg entschädigungslosen Enteignungen wurden durchgeführt auf Grund einer Verordnung über die Einziehung des Vermögens von Kriegsverbrechern. Es würde zu weit führen, im einzelnen zu zeigen, wie willkürlich diese Verordnung angewandt, welche Flut übelster Denunziationen entfesselt und wie viele «private Rechnungen» auf diese Weise beglichen worden sind. Es wäre jedenfalls anständiger gewesen, offen mit klassenkämpferischen Forderungen aufzutreten, als nach dem Prinzip: «Der Zweck heiligt die Mittel!» unrechtmäßigen und unsauberen Handlungen Tür und Tor zu öffnen.

Nach der Ende Mai erfolgten xten «Umorganisation» gibt es jetzt drei Arten von sogenannten «volkseigenen» Betrieben: solche unter Leitung örtlicher Selbstverwaltungsorgane, «Vereinigungen volkseigener Betriebe» und Einzelbetriebe unter unmittelbarer Leitung der Länderregierungen sowie «Vereinigungen volkseigener Betriebe» unter unmittelbarer Leitung der

zonalen Fachverwaltungen und damit der Wirtschaftskommission (der obersten wirtschaftspolitischen Instanz) der Ostzone. Bei der letzten Gruppe handelt es sich um etwa zwei Drittel aller sozialisierten Betriebe mit über 80 Prozent der in diesen Betrieben insgesamt Beschäftigten. Die gesamte Planung und Verwaltung der ostzonalen Wirtschaft vollzieht sich weitgehend *unter Ausschluß der Öffentlichkeit*. Die der Wirtschaftskommission unterstehenden elf wirtschaftlichen Zentralverwaltungen sind nach wiederholten Säuberungen zu Instrumenten der SED-Politik geworden. In Anlehnung an das russische Vorbild unterbleibt jede zusammenhängende Bekanntgabe des Produktionsumfanges und der Rentabilitätsgestaltung, und den Angestellten ist es strengstens untersagt, Auskünfte über ihren Arbeitsbereich an Außenstehende zu erteilen. Die offizielle Berichterstattung jongliert im wesentlichen mit Prozentziffern, die einer klaren Ausgangsposition entbehren und noch dazu häufig einander widersprechen. Nach vorsichtiger Schätzung dürfte die industrielle Produktion der Ostzone etwa 40 Prozent des Standes von 1936 erreicht haben, was ziemlich genau dem gesamtdeutschen Durchschnitt entsprechen würde. Die Subventionsbedürftigkeit der volkseigenen Betriebe läßt sich dagegen aus den noch regelmäßig veröffentlichten Länderetats exakt ablesen. Für das Etatjahr 1948/49 ist 1 Milliarde Mark (im Vorjahr 500 Millionen), das heißt ein Achtel der gesamten Einnahmen der fünf Länder der Ostzone, als Zuschuß für die volkseigenen Betriebe vorgesehen. In einzelnen volkseigenen Betrieben herrschen geradezu haarsträubende Verhältnisse, in manchen geht man zum Beispiel erst jetzt daran, eine ordnungsmäßige Buchhaltung einzuführen. Mag es sich hier auch um extreme Auswüchse und im allgemeinen nur um unvermeidliche Übergangsschwierigkeiten handeln, so darf man doch heute schon die Feststellung treffen, daß die ostzonale Planwirtschaft mindestens einige Jahre brauchen wird, um in bezug auf Organisation und Leistungsfähigkeit einen Stand zu erreichen, der ein objektives Urteil und einen Vergleich mit andern Systemen gestattet. (Auf einer Konferenz der Wirtschaftsfunktionäre der SED am 21. April 1948 in Erfurt erklärte der Vizepräsident der deutschen Wirtschaftskommission, Selbmann: «Die Planungen müssen viel realer vorgenommen werden, als das bisher der Fall war, damit wir nicht jeden Quartalsplan unrealisiert beiseite legen müssen.») Die einzige einigermaßen zuverlässige Vergleichsmöglichkeit, die heute besteht, ist die Gegenüberstellung des allgemeinen Lebensstandards in Ost- und Westdeutschland. Diese fällt eindeutig zugunsten des Westens aus. Daher auch die starke Ost–West-Wanderungsbewegung, die nur durch immer strengere Abschnürung der Grenzen eingedämmt werden konnte. Die stetig sich verschärfende Absonderung Ostdeutschlands wird zweifellos zu einer zunehmenden

Anpassung und Eingliederung dieses Raumes in den sowjetischen Wirtschaftsbereich führen, wodurch der Entfaltung der deutschen Initiative natürlich äußerst enge Grenzen gesetzt werden.

In diesem Zusammenhang darf die in der Ostzone durchgeführte radikale *Bodenreform* nicht unerwähnt bleiben, wengleich sie keinen Sozialisierungsakt darstellt. Sie hat aber wie kaum eine andere Maßnahme der Nachkriegszeit das Gesicht der deutschen Wirtschafts- und Sozialstruktur entscheidend verändert. Von ihren Kritikern, leider auch manchen sozialdemokratischen, wird vor allem übersehen, daß mit dieser Reform in jedem Falle ein *hundertjähriges Versäumnis*, das für einen großen Teil der deutschen historischen Tragik verantwortlich ist, nachgeholt worden ist. Die endgültige Beseitigung des ostelbischen Reaktionsherdes ist von so überragender politischer Bedeutung, daß alle negativen Begleiterscheinungen nur von sekundärer Wichtigkeit sein können. In der Hauptsache wird an der Ostbodenreform bemängelt, daß sie überstürzt und unsachgemäß vorgenommen worden sei, daß man die großen Güter, statt sie aufzuteilen, in Genossenschaften hätte umwandeln können, daß in zu kleine Parzellen aufgeteilt worden sei, und ähnliches mehr. Es wird aber dabei außer acht gelassen, daß innerhalb weniger Monate mehr als drei Millionen Ausgewiesene aus der Tschechoslowakei, Polen usw. irgendwo und irgendwie untergebracht werden mußten. Daher auch die zum Teil tatsächlich zu geringe Zuteilung an Ackerfläche. Die Umstellung auf Parzellenbetrieb bei nahezu völligem Mangel an Geräten und Zugvieh hat natürlich die Bodenerträge steil absinken lassen. Was auf jeden Fall bedenklich stimmen muß, ist die Art und Weise, wie die behördliche Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte erfolgt, weil sie den Bauern nicht nur wenig Anreiz zur Produktionssteigerung bietet, sondern sie sogar zum Widerstand herausfordert. Sollte gar noch die von gewissen SED-Kreisen propagierte Kollektivierung im jetzigen Stadium zur Durchführung kommen, dann wäre mit Sicherheit eine neue, schwere Krise in der ostzonalen Landwirtschaft zu erwarten.

In *Westdeutschland* sind die Versuche zu Sozialisierungen größeren Umfanges in den ersten Anfängen *stecken geblieben*. Das liegt selbstredend in erster Linie einerseits an der Einstellung der westlichen Besatzungsmächte zu dieser Frage, zum andern an den politischen Kräfteverhältnissen. Die USA und Frankreich stehen der Sozialisierung aus ideologischen und politischen Gründen ablehnend gegenüber, und die Labourregierung hat bisher eine klare Stellungnahme vermissen lassen. Die SPD hat, mit Ausnahme von Hamburg und Schleswig-Holstein, bisher nirgends die absolute Mehrheit erringen können, und in dem industriell wichtigsten Land Nordrhein-Westfalen dominiert die CDU (Christlichdemokratische Union). Versuche, eine Zusammen-

arbeit mit der (übrigens äußerst schwachen) KPD in Teilfragen von gemeinsamem Interesse herbeizuführen, scheiterten an der ausschließlichen Obstruktionspolitik dieser Partei.

Den Hauptansatzpunkt für die Sozialisierung in Westdeutschland bildet natürlich das *Ruhrgebiet*, das aber wegen seiner überragenden Bedeutung gleichzeitig auch im Mittelpunkt internationaler kapitalistischer und machtpolitischer Interessenkämpfe steht. Die deutschen Einflußmöglichkeiten sind daher von vornherein außerordentlich gering gewesen. Bis vor kurzem wurde von sozialistischer Seite noch die Hoffnung genährt, daß sich aus der bestehenden provisorischen Treuhandverwaltung der früheren Konzerne, in denen die Gewerkschaften, allerdings auch die Vertreter der Konzernherren, stark verankert sind, allmählich eine Überführung der Werke in Gemeinbesitz verwirklichen lassen würde. Die auf der Londoner Konferenz der Westmächte beschlossene internationale Kontrolle der Ruhr hat jedoch alle weiteren deutschen Bestrebungen illusorisch gemacht. Durch diese Entscheidung ist das künftige Schicksal des Ruhrgebietes abhängig von der allgemeinen Entwicklung, die die europäische und darüber hinaus die Weltpolitik nehmen wird. Für das deutsche wirtschaftliche und politische Leben ist diese Tatsache von entscheidender Bedeutung. In einem gewissen Sinne, zumindest in bezug auf die Aussichten für eine gesamtdeutsche sozialistische Planwirtschaft, bildet das internationalisierte Ruhrgebiet ein Gegenstück zu den sowjetischen Aktiengesellschaften der Ostzone. Je schneller es dem deutschen Volke und insbesondere seinen verantwortlichen wirtschaftlichen und politischen Vertretern gelingt, sich diese Erkenntnis uneingeschränkt zu eigen zu machen, desto leichter wird es fallen, die aus der neuen Lage sich ergebenden Schwierigkeiten zu meistern. Es heißt jetzt, eine in zwölf Jahren ins Unermeßliche angewachsene Rechnung zu bezahlen . . .

Von besonderem Interesse sind die Sozialisierungsversuche im Land *Hessen*. Dort ist es der SPD durch geschickte Koalitionspolitik gelungen, die Sozialisierung des größten Teils der Schlüsselindustrien in der Verfassung zu verankern. Im Zuge der Durchführung ergab sich die Streitfrage, ob nur Betriebe aus Privat- oder auch aus Gemeindebesitz in Gemeineigentum überzuführen sind. SPD, Gewerkschaften und der Hessische Gemeindetag als Vertreter von 2400 Gemeinden bejahten diese Frage, während der Hessische Städtetag als Repräsentant von neun (industriell wichtigen) Städten entgegengesetzter Anschauung ist. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich bei der Beratung des Planes, Sozialgemeinschaften und im Bergbau Sozialgewerkschaften zu schaffen, die Rechtsträger der sozialisierten Betriebe sein sollen. Es ist ferner beabsichtigt, alle hessischen Sozialgemeinschaften in einer Ver-

waltungsgesellschaft zusammenzufassen, wobei sowohl diese als auch die Sozialgemeinschaften so zu organisieren sind, daß der Staat nirgends ein Übergewicht erhält. Der Plan sieht vor, daß dem Vorstand der Verwaltungsgesellschaft, kurz Verwaltungsrat genannt, der Ministerpräsident oder der Wirtschaftsminister als Präsident und 27 Mitglieder angehören, von denen der Gewerkschaftsbund, die Kommunalverbände und der Landtag je acht Mitglieder und Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsministerium je ein Mitglied stellen. In den Sozialgemeinschaften wiederum sollen die Produzenten durch die Gewerkschaft und die Konsumenten durch die Gemeinde vertreten sein. Die Gesellschaften sollen ihre Erzeugnisse zu einem knapp über den Selbstkosten liegenden Preis abgeben. Die Gewinne, an denen sich der Staat keineswegs bereichern soll, sind für einen Ausgleichsstock vorgesehen, der für unrentabel arbeitende Betriebe, die schon seit langem von Subventionen leben, verwendet wird. Das Ziel soll sein, daß der sozialisierte Teil der Wirtschaft als ein Sondervermögen des Volkes sich selber trägt. In ihrer Sozialisierungskampagne kann sich die hessische Sozialdemokratie bereits auf einige positive Teilergebnisse stützen. So ist die Förderleistung im sozialisierten Braunkohlenbergbau Hessens von 6500 Tonnen täglich im Jahre 1946 auf 7700 Tonnen 1947 gestiegen, im Eisenerzbergbau von 21 000 Tonnen monatlich auf 36 000 Tonnen. Das hessische Sozialisierungsexperiment verdient es, weiterhin aufmerksam verfolgt zu werden.

Die hessische Erfahrung zeigt, daß durchaus Möglichkeiten zu Sozialisierungsmaßnahmen, wenn auch nur in begrenztem Umfange, gegeben sind. Leider ist die Sozialdemokratie nicht überall mit derselben Klarheit und Entschlossenheit (und mit dem gleichen Geschick!) aufgetreten. Erforderlich ist vor allem eine klare Scheidung der Begriffe. Die Mehrheit des deutschen Volkes ist heute der Zwangswirtschaft müde und meint damit Rationierung, Bezugsscheinsystem und den damit verbundenen Schwarzhandel. Eine geschickte Propaganda, die mit dem Schlagwort der «freien Wirtschaft» operiert (Röpke hat in Deutschland großen Erfolg!), identifiziert Sozialismus mit zeitbedingter behördlicher Zwangsbewirtschaftung. Im Zusammenhang mit der Währungsreform ist dieses Moment natürlich in den Brennpunkt der Diskussion gerückt worden. Die Sozialdemokratie steht nunmehr vor der schwierigen Aufgabe, den Massen klarzumachen, daß eine Aufrechterhaltung des Bewirtschaftungssystems im Interesse der minderbemittelten Schichten liegt. Das wird nämlich so lange der Fall sein, als nicht alle lebensnotwendigen Güter in ausreichender Menge auf dem Markt vorhanden sind. Würden zum Beispiel Haushaltsartikel dem freien Verkauf übergeben, so wären sie in Anbetracht der geringen Lagerbestände und der noch ungenügenden Produktion

in kurzer Zeit wieder vom Markt verschwunden. Die vorhandenen Mengen wären aber nicht in die Hände derjenigen gelangt, die sie am dringendsten benötigen, wie zum Beispiel die Flüchtlinge aus dem Osten. Im übrigen widersprechen sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien selbst, indem sie auf der einen Seite für die Rückkehr zum freien Markt plädieren, auf der andern Seite aber, wie zum Beispiel der bayrische Ministerpräsident Dr. Ehrhardt, besondere wirtschaftspolitische Vollmachten fordern.

Die nunmehr in Ost und West getrennt durchgeführten *Währungsreformen* haben die Spaltung Deutschlands noch vertieft. Sie stellen jedoch nur einen weiteren konsequenten Schritt auf einem Wege dar, der sich schon kurze Zeit nach der militärischen Besetzung Deutschlands abzuzeichnen begann. Der Gewinn, der sich für Westdeutschland aus der getrennten Reform ergibt, liegt auf der Hand. Es entgeht damit der Belastung, einen erheblichen Teil der russischen Reparationen aus der laufenden Produktion mitzutragen (was bei einheitlicher Währung zwangsläufig der Fall war), sowie auch der wachsenden Inflation durch die fortgesetzte Ausgabe russischen Besetzungsgeldes, das ja bisher in allen Zonen Gültigkeit hatte. (Der von den Russen in Umlauf gebrachte Betrag wird auf 15 bis 18 Milliarden Mark geschätzt, gegenüber 3 Milliarden aller drei Westmächte!). Ein dauernder Erfolg wird jedoch nur dann beschieden sein, wenn die Produktion wesentlich gesteigert wird. Das ist aber nur möglich bei entschiedener Abkehr von der verwickelten Restriktionspolitik, insbesondere der britischen (aus Konkurrenzgründen), durch die die Besetzungsmächte die echte Entfaltung des deutschen Wirtschaftslebens bisher gehemmt haben. Die ungeheuren Härten, die die Geldreform für breiteste Bevölkerungskreise mit sich bringt, gehen ebenfalls auf das Konto der bereits erwähnten Begleichung einer längst fälligen Rechnung. Im übertragenen Sinn könnte man von einer zweiten «ursprünglichen Akkumulation» sprechen. Es wird vor allem Aufgabe der Gewerkschaften sein, für eine wenigstens einigermaßen gerechte Lastenverteilung zu sorgen.

Eine kräftige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in den Westzonen könnte die russische Besetzungsmacht in eine schwierige Lage bringen. Sie wäre dann zu fortgesetzten Konzessionen an die ostzonale Wirtschaft gezwungen, und es könnte schließlich der Punkt erreicht werden, wo sich die bisherige Reparationspolitik nicht länger aufrechterhalten läßt. Dies könnte unter Umständen, wenn nicht die machtpolitischen Auseinandersetzungen es verhindern, eine neue Chance bieten für eine allmähliche Wiederannäherung der beiden Wirtschaftsräume, die noch immer durch zahlreiche Bande organisch verknüpft sind. Der Ostblock dürfte auf lange Zeit hinaus kein ausreichendes Äquivalent darstellen.

Eine solche Entwicklung bliebe auch nicht ohne Einfluß auf die Aussichten für künftige Sozialisierungen. Widerstand gegen Sozialisierung auf der einen Seite, überstürzte und übertriebene Maßnahmen auf der andern — beides ist zu einem erheblichen Teil zurückzuführen auf die außerordentliche Zuspitzung der ideologischen Gegensätze. Bei objektiver Betrachtung und unter Berücksichtigung realer Zweckmäßigkeiten ließen sich in vielen Streitfragen durchaus brauchbare Kompromisse erzielen. Und gerade aus der Mannigfaltigkeit der deutschen Sozialisierungsversuche können sich Erfahrungen ergeben, die auch jenseits der deutschen Grenzen von Nutzen sein werden.

KLAUS BÜHLER

Gibt es einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise?

I.

Betrachtet man die Wirtschaftskrise, in der die Welt sich befindet, vornehmlich von der *Produktionsseite*, ohne den verwirrenden «Geldschleier», so wird sie in ihren Zusammenhängen klarer und läßt, so scheint uns, vorurteilsfreiere Schlußfolgerungen zu.

Ausgangspunkt ist logischerweise eine Bilanz des Krieges und der Kriegswirtschaft — in großen und allgemeinen Zügen. Das erste, worauf man stößt, ist der ganze *Komplex vernichteter Werte*. Als ein zusammengefaßter Posten stellen sich dar: die Zerstörung und der Verschleiß von materiellen Hilfsmitteln der industriellen Produktion, auch Kapitalgüter genannt — Industriewerkstätten aller Art, Maschinen, Transportwege und -Mittel usw. Dazu kommen die Verluste an Menschen, das heißt an Arbeitskräften, wobei besonders zu berücksichtigen der unverhältnismäßig hohe Ausfall männlicher Personen im arbeitskräftigsten Alter, durch Tod oder Verkrüppelung. Dieses störende Mißverhältnis macht sich noch empfindlicher bemerkbar infolge der mangelnden Ausbildung der überlebenden Jugendlichen, in Form einer Verknappung gelernter Arbeiter, durch Herabsetzung des Bildungsniveaus ganz allgemein und in allen Berufen, last not least durch den Niedergang der Moral, durch Arbeitsunlust usw. Die desaströse Wirkung dieses Faktors wird weiter verschärft durch das Mißverhältnis zwischen unzureichender Entlohnung der Arbeit und der bequemen Möglichkeit, weit höhere und leichtere Verdienste durch illegale oder halbillegale Geschäftemacherei,